Warum Joe Biden Chancen auf eine Wiederwahl hat

In unseren Kreisen redet man mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen in den USA im November eigentlich nur von Donald Trump. Zu sehr beherrscht er Ex-Präsident die Schlagzeilen. Zwar nicht nur mit positiven Nachrichten, aber auch in Amerika gilt der alte Journalisten-Grundsatz „Bad news are good news“, also übersetzt: Hauptsache medial präsent.

Es gibt keinen Zweifel mehr, Trump wird Präsidentschaftskandidat der Republikaner. Spannend wird nur noch, wen er als „Running Mate“ auswählt, also als Vize-KLandidaten, der oder die ihm später folgen könnte. Wäre Trump schlau, würde er die hartnäckigste Gegenkandidatin Nikki Haley fragen, aber das wird wohl nichts. Zu unterschiedlich ist das Politikverständnis der beiden, zu groß die Abneigung, wie im Vorwahlkampf sichtbar wurde.

Wir reden hier im Grund nie über den Amtsinhaber Joe Biden von den linken Demokraten.

Bei der Vorwahl der Dems im Bundesstaat South Carolina hat er gerade wie erwartet locker mit mehr als 96 Prozent der Stimmen gewonnen.

Der 81-Jährige ist gesetzt, und wer würde ernsthaft einem amtierenden Präsidenten den Rang ablaufen können?

Und ehrlich gesagt, selbst als guter Amerika-Kenner und Freund der USA habe ich Mühe zu verstehen, dass diese lebendige und experimentierfreudige Supermacht keine anderen Kandidaten für eine Präsidentschaftswahl zu bieten hat als diese beiden Greise um die 80. Der eine ungehobelt und manchmal peinlich, der andere mit immer häufigeren Aussetzern und Orientierungsproblemen.

Wollen wir wirklich, dass in den nächsten vier Jahren rund um die Uhr ein Marine den Koffer mit den Atomwaffen-Codes hinter Trump oder Biden herträgt? Ich nicht, und ja, ich weiß, Trump hat in seiner Amtszeit keinen Krieg begonnen. Aber so ein aufbrausender Charakter – ich hätte kein gutes Gefühl.

Aber nun sind sie nunmal da…

In einer Umfrage nach der jüngsten Vorwahl bei den Republikaner haben übrigens 80 Prozent der Hailey-Wähler gesagt, wenn trump Kandidat würde, wollen sie ihn NICHT wählen. Das größte Problem Trumps für die Rückkehr ins Oval office ist er selbst…

Die Hetzjagd auf Hans-Georg Maaßen ist beängstigend

In unserem Land passieren Dinge, die ich niemals für möglich gehalten hätte. Und man sagt mir seit Jugendtagen die Fähigkeit zu blühender Phantasie nach. Jetzt ist ein neuer Tiefpunkt erreicht worden.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat bestätigt, dass es seinen früheren Präsidenten Hans-Georg Maaßen beobachtet und als rechtsextrem gegistriert hat.

Herausgefunden hat das wohl das Politikmagazin „Kontraste“.

Angeblich liege dem Geheimdienst eine „umfangreiche Materialsammlung zu Maaßen vor“.

Gegenüber dem Magazin „Tichys Einblick“ erklärte Maaßen inzwischen, die Vorwürfe seien substanzlos und ungerechtfertigt. Der ganze Vorgang sei ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung durch die Bundesinnenministerin.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages seien vor kurzem in geheimer Sitzung informiert worden.

Maaßen wird vertreten von der Kanzlei des Kölner Rechtsanwalts Ralf Höcker. Die hat inzwischen unter Berufung auf § 15 Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG Auskunft erhalten, was denn da so staatsgefährdend beim früheren Chef des Amtes sei, der inzwischen Bundesvorsitzender der bürgerlich-konservativen WerteUnion ist und die Gründung einer neuen Partei angekündigt hat.

„Zum Komplex um Heinrich XIII. Prinz Reuß äußerte sich Ihr Mandant im Rahmen der Gesprächsrunde „KLARTEXT: Reichsbürger und Klimakleber- wie wehrhaft ist die Demokratie?[Kurzfassung“, veröffentlicht am 15. Dezember 2022 auf dem Kanal „ServusTV On“ in www.youtube.com. Dort vertrat er u.a. die Auffassung, dass die Exekutlvmaßnahmen gegen mutmaßliche Mitglieder der Vereinigung um Heinrich XIII. Prinz Reuß unverhältnismäßig gewesen seien“, heißt es da.

Vermutlich sind viele Menschen dieser Ansicht…oder auch nicht. Aber ist so eine Meinungsäußerung Grund genug, einen langjährigen untadeligen Staatsdiener als „Rechtsextremisten“ zu führen?

Oder, der Verfassungsschutz teilt auch mit:

„Der Rechtsextremist Bernhard Schaub erwähnte Ihren Mandanten in einem Schreiben vom 24. Februar 2020 an Heinrich XIII. Prinz Reuß zum Thema „Weiterexistenz des Deutschen Reiches“ und „deutsche Souveränität“. Herr Schaub vertrat darin die Auffassung, dass Herr Dr. Maaßen „ein strammer Republikaner zu sein scheint“.

Also, wenn ein Rechtsextremist eine Aussage von Maaßen gefallen hat, dann reicht das mit zur Begründung, warum der dann fortan vom Verfassungsschutz überwacht wird?“

Ich bin kein Geheimdienstler, aber solche Begründungen überzeugen mich nicht, um einem Mann seine

elementaren Bürgerrechte streitig zu machen. Überhaupt nicht. Nicht in Deutschland.

Brauchen wir überhaupt einen Verfassungsschutz?

Klar brauchen wir den angesichts der Gefährdungen unseres Staates durch islamistische Terrorzellen, angesichts von antifa und Reichsbürgern, die vor schlimmen Gewalttaten nicht zurückschrecken.

Und auch die Gruppe um den ominösen Heinrich XIII. Prinz Reuß und seine durchgeknallte Esoterik-Gang ist nicht witzig, wenn sie das Bundestagsgebäude für einen bewaffneten Angriff auf die Regierung ausspähen und zeitgleich in Kellern Waffen und Munition horten. Wenn eine ehemalige Bundestagsabgeordnete verwickelt ist und ein Elitesoldat der KSK.

Aber was hat das mit Hans-Georg Maaßen zu tun?

Ich erschrecke mich selbst, dass mir der Gedanke nicht mehr aus dem Kopf verschwindet, dass das mit seiner geplanten Parteigründung zu tun haben könnte. Mit seiner klaren Ablehnung von „Brandmauern“ und seiner Bereitschaft, nach einem Wahlerfolg auch Gespräche mit der AfD führen zu wollen.

Das kann doch nicht durchgehen in einem freiheitlichen Rechtsstaat. Nicht bei der bekannten Faktenlage. Wir sind nicht Russland, hier hat jeder Bürger Grundrechte. Auch wenn er Hans-Georg Maaßen heißt und konservativ ist.

Ein Bekannter stieß mich letztens darauf, dass es unter den westlichen Staaten nur ganz wenige gäbe, deren Inlandsgeheimdienst Parteien überwachen dürfe, die von den Bürgern ins Hohe Haus gewählt wurden. In den meisten demokratischen Staaten ist das ein absolutes Tabu.

Urteilen ohne nachzufragen – wie der Mainstream alles framt, was nicht links ist

Ein bisschen wäre ich enttäuscht gewesen, wenn sie mich nicht erwähnt hätten, die Kollegen vom Magazin FOCUS. Die beschäftigen sich in der aktuellen Ausgabe ab Seite 38 unter der Headline „Hetze und Headlines“ mit einem *„bunten Biotop an rechtsextremen Medien“*. Dazu ein großes Foto von AfD-Rechtsaußen Björn Höcke gemeinsam mit Russland-Freund Jürgen Elsässer vom Magazin „Compact“. Über mich schreiben die FOCUS-Kollegen:

„Der ehemalige ‚Bild‘-Journalist ist Gastautor rechter Medien wie ‚Tichy’s Einblick‘. In seinem Blog ‚TheGermanZ“ bezeichnet er die AfD als „einziges politisches Gegenprogramm zur Ampel Stümperei“. Daneben hat er das politische Netzwerk für die neue Partei des AfD-affinen Ex-Verfassungsschutzchefs

Hans-Georg Maaßen organisiert.“

Man merkt die Absicht und ist verstimmt

Denn im Grunde ist dieser ganze Absatz blabla. Ja, ich bin ehemaliger BILD-Journalist. Gastautor bei Roland Tichy war ich genau ein einziges Mal, „Tichy’s Einblick“ ist kein rechtes Medium, TheGermanZ ist auch kein Blog. Und ja, liebe FOCUS-Rechercheure, die AfD IST das einzige politische Gegenprogramm zur Ampel-Stümperei. Ach so, und ich habe für Hans-Georg Maaßen und seine neue Partei kein politisches Netzwerk organisiert.

Ich bin privat Mitglied der WerteUnion von Anfang an. Und ich habe Hans-Georg Maaßen als Redner eingeladen bei meinen alljährlichen Schwarmtreffen. Und ich finde, dass er viele richtige Dinge sagt und den Schritt mit einer eigenen Partei überaus mutig. Aber „Netzwerk organisiert“ für…? Frei erfunden!

Der ein oder andere wird jetzt sagen, aber Herr Kelle, der „Spiegel“ hat das doch auch schon geschrieben… Ja, das hat er. Aber auch das ist frei erfunden. Und niemand hat bei mir gefragt.

Damit kommen wir zum Problem

Weder der „Spiegel“ noch der „Focus“ haben mal bei mir angerufen, um mich zu fragen, ob das stimmt, oder wie meine Geschichte lautet. Null. Genauso wie der einstmals bürgerliche Berliner *„Tagesspiegel“* und sein Beiboot *„Potsdamer Neueste Nachrichten“* (PNN). Die haben inzwischen drei Mal groß über den „rechten Radiosender“ in Potsdam geschrieben mit dem „dubiosen“ und „ultrakonservativen“ Herrn Kelle als Chefredakteur.

+++Unabhängige Medien können nur existieren, wenn die Leser das mit ihren Spenden ermöglichen+++Bitte spenden Sie für unsere Arbeit über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Nach dem ersten Artikel entblödete sich einer der beiden PNN-Autoren, die so gern investigativ sein möchten, nicht, mir eine Mail mit Fragen über eine Nachbarin zu schicken, die auch ganz doll rechts sein solle. Ob ich die kenne und so. Bis nächsten Tag mit Uhrzeit solle ich das beantworten. Ich schrieb zurück, dass ich unseriösen Journalisten gar nichts beantworte. Da kam gleich der nächste Artikel, wo ich praktisch als enger Kombatant dieser Nachbarin dargestellt wurde. Völliger Unsinn, aber es klingt so schön verschwörerisch.

Ich schrieb dem Tagespiegel/PNN-Aufklärer, dass ich in meiner Journalistenausbildung gelernt hatte, dass, wenn man über jemandem schreibt, den auch mal dazu befragt, bevor man beginnt, mit Unrat zu schmeißen. Der Mann schrieb mir allen Ernstes zurück, er habe doch den Geschäftsführer gefragt, ob ich so ein böser „ultrakonservativer“ Mensch sei. Man weiß nicht, ob man weinen oder lachen soll über solche Amateure. Ich habe mich entschieden, zu lachen.

Nicht so wichtig

Wissen Sie, wenn Sie wie ich seit 40 Jahren mit Journalismus das Leben verbringen, dann haben Sie nahezu alles schon erlebt.

Mit Journalismus und sauberer Recherche hat das alles nichts zu tun, was derzeit in diesem Land passiert. Nehmen Sie die Quasselrunde von Frau Will, Herrn Böhmermann oder die Volkserziehungs-„Tatorte“ der ARD! Wenn Sie das alles nicht mehr ernstnehmen, am besten auch nicht mehr einschalten, fühlen sie sich besser. Versprochen!

Weil egal, was sie sagen, sollten sie doch einmal gefragt werden, niemand hat vor, fair zu berichten, wenn der Gegenstand der Berichterstattung irgendwie rechts sein könnte.

Als ich damals in Erfurt meine Schwarmkonferenz veranstaltete, versuchte ein Redakteur der „Thüringer Allgemeine“ (TA) vorher mich wohl für ein Interview über die Veranstaltung zu erreichen. Ich rief und schrieb nicht zurück, weil ich weiß, dass TA der Funke-Mediengruppe, formerly known as „WAZ“, gehört und ein linkes Blättchen ist. Am Tag, an dem die Konferenz begann, widmete der Autor meiner Konferenz und mir einen Vierspalter. Und weil er nichts Aktuelles wusste, hatte er sich für seinen Artikel bei irgendeinem unbekannten und völlig bedeutungslosen linken Internet-Blog bedient. Wie rechts ich sei und wie schlimm diese Veranstaltung bestimmt werde.

Beim Eröffnungsabend zur Konferenz in einem wunderbaren Erfurter Bierkeller las ich den Artikel bei meiner Begrüßung der 300 Teilnehmer vor. Man, was wurde da gelacht, so abstrus zusammen geschwurbelt hatte der über das angebliche rechte Geheimtreffen geschrieben.

In der Woche danach – und jetzt wird es interessant – wurde der TA-Artikel auf „Wikipedia“ von einem Aktivisten eingestellt. Die Behauptungen basierten – ich sage es nochmal – auf einem linken Mini-Blog, wurden aber nun geadelt durch Veröffentlichung in der angesehen Thüringer Tageszeitung.

Seitdem werde ich immer wieder mal angeschrieben oder angesprochen, wenn ich Leute neu kennenlerne und die vorher bei wiki nachgelesen haben. Ja, die Thüringer Allgemeine habe doch geschrieben, dass ich sozusagen das Bindeglied zwischen AfD und CDU sei.

Zu viel der Ehre

Wie Sie als meine Leser wissen, bin ich kein Bindeglied für irgendwas, ich finde bloß, dass man eine Partei, die das Vertrauen von 22 Prozent der Wähler hat, die im Bundestag und 14 Landtagen mit Fraktionen vertreten ist, in vielen Kommunen und im EU-Parlament, nicht einfach wegdenken kann.

Ich finde es skandalös, dass die SED-Stiftung jedes Jahr Millionen aus unseren Steuergeldern erhält, und um der AfD kein Geld für ihre Stiftung auszahlen zu müssen – das ihr zusteht – extra ein neues Gesetz verabschiedet wurde, von ALLEN anderen Parteien im Bundestag, die den Topf dann schön unter sich aufteilen.

Ich finde, wenn sechs Millionen Menschen in freier und geheimer Wahl die AfD wählen, dann muss man

diese Partei mit den gleichen Rechten ausstatten und fair behandeln wie alle anderen auch.

Man nennt das Demokratie und Rechtsstaat

Niemand von Ihnen weiß, was ich demnächst wählen werde. Ich kann das so sicher schreiben, weil ich es selbst noch nicht weiß. Ich schaue mir das an, und dann gehe ich ins Wahllokal.

Und was der Mainstream schreibt, ohne mit mir zu sprechen, das ignoriere ich nicht einmal. Rutscht mir den Buckel runter!

Überall Verwahrlosung – das ist immer weniger mein Land

Verschiedentlich habe ich hier schon über die zunehmende Verwahrlosung unserer Städte geschrieben. Zum Beispiel im November 2017 am Beispiel der deutschen Hauptstadt. Damals beschrieb ich die Szenerie wie folgt:

„In Berlin unterwegs fiel mir die grassierende Verwahrlosung der Stadt auf. Natürlich, verdreckte Ecken gab es auch früher. Aber es wird immer schlimmer. Und es breitet sich aufs ganze Stadtgebiet aus. Sofas herrenlos am Straßenrand, wild geklebte Plakate, Autowrachs in der Grünanlage, überall Müll, wohin man schaut. Der Bezirk Neukölln fand mit diesem Thema immerhin das Interesse der Medien. Nach Angaben des SPD-geführten Bezirksamtes belief sich die Menge illegal abgelagerten Mülls im vergangenen Jahr 2016 auf fast 4.200 Kubikmeter, das entspricht dem Volumen von 52 Omnibussen.“

+++Wer schreibt sonst über diese Dinge?+++Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit Ihrer Spende über PayPal @KelleKlaus oder durch eine Überweisung auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Müll, Dreck, Waschmaschinen im Wald, vollgeschissene Windeln, die in Duisburg aus dem Fenster auf die Straßen geworfen werden, und Graffitis an zahlreichen Hauswänden. Als ich letztens an einem Toilettenhäuschen an der Autobahn stoppte, um mal kurz auszutreten, konnte ich kaum atmen, so ein beissender Uringestank schlug mir entgegen. Die Pissoirs und Wände waren verdreckt, das ich Würgereiz bekam, selbst als ich wieder draußen war, musste ich eine Minute tief die frische, kalte Lust einatmen, um mich nicht zu übergeben.

Ja, das Volk der Dichter und Denker

Was sind das bloß für Leute, die so asozial unterwegs sind?

Vor einer Woche war ich in meiner alten lippischen Heimat Bad Salzuflen. Jedesmal, wenn ich mit dem

Auto dort unterwegs bin, fahre ich in den Ort, wo ich aufgewachsen bin und besuche das Grab meiner Eltern. Und fahre vorbei an meinem Elternhaus, wo ich eine schöne, unbeschwerte Kindheit verleben durfte.

Im Nachbarort Leerstand, viele Häuser total runtergekommen, Straßen mit Schlaglöchern, zerbrochene Scheiben, brüchiges Mauerwerk. Der Unterschied zur berüchtigten Bronx in New York bestand einzig darin, dass die Häuser nicht so hoch sind. Kaum Menschen auf der Straße mitten am Tag.

Dies ist immer weniger mein Deutschland, erschreckend, dass wir das alles zugelassen haben. Und dass wir keine Kommunen, Bundesländer oder Regierung in Berlin haben, die all diesem Dreck entgegenwirkt.

Konservativ und rechtsradikal sind unvereinbar

Überall auf der Welt wird heute der Millionen Opfer des Holocaust gedacht. Und das ist gut und richtig so.
Wir alle kennen die erschütternden Geschichten der Überlebenden aus unzähligen Filmen und Büchern, wissen um das unsägliche Leid, haben „Schindlers Liste“ gesehen.

Und es sind ekelerregende Gestalten, die heute immer noch behaupten, der Holocaust habe gar nicht stattgefunden, oder es seien ja „nur ein paar Hunderttausend“ Opfer gewesen und keine Millionen.

Deutschland hat in vielen Facetten eine beeindruckende Geschichte, hat viel geleistet, hat großartige Menschen hervorgebracht. Aber zu unserer Geschichte gehört eben auch, dass der Holocaust für alle Zeiten untrennbar mit dem Namen unseres Landes verbunden ist. Ob wir das wollen oder nicht, ob wir persönliche Schuld trugen oder nicht.

Und deshalb ist für mich die unsägliche Dresdner „Schuldkult“-Rede des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke allein Grund genug, sich zu engagieren, dass dieser Typ niemals ein wichtiges Amt in Deutschland übernehmen kann.

Ein langjähriger Freund aus Jugendtagen schrieb mich gestern auf WhatsApp an und machte mich auf den heutigen internationalen Holocaust-Gedenktag aufmerksam, verbunden mit dem Hinweis, ob ich wohl dazu etwas schreiben werde.

Klar, schreibe ich etwas dazu

Und es fällt mir überhaupt nicht schwer. Weil es einen Unterschied zwischen rechtsextrem und konservativ gibt. Einen großen und entscheidenden Unterschied. Den leider heutzutage viele Menschen nicht mehr begreifen.

Den Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Dieter Stein, kann man sicher nicht als woke und links-verdächtig bezeichnen. Jedes Jahr schreibt er in seinem konservativen Blatt in der Woche, da sich der 20. Juli 1944 jährt, einen Titelaufmacher. Und jedes Jahr würdigt er darin das Andenken des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seiner Mitstreiter.

In einem Gespräch vor Jahren, das mich sehr beeindruckt hat, erklärte er mir, dass Stauffenberg ein wichtiger Grund dafür sei, dass Konservative heute in Deutschland noch ihre Stimme erheben könnten. Dass es eben auch Konservative, auch Offiziere, auch Männer und Frauen aus den christlichen Kirchen gab während der Nazi-Barbarei, die dem Hitler-Wahnsinn nicht tatenlos zuschauen wollten.

Konservativ und rechtsradikal, das ist nicht eine ähnliche Position, Patrioten lehnen radikales Denken und Handeln kompromisslos ab. Die enge Verbundenheit zu Israel ist deutsche Staatsräson, und viele Konservative wie ich auch selbst, stehen auch in diesen Wochen ohne Wenn und Aber an der Seite Israels während Linke und auch Rechtsradikale bei aggressiven Palästinenserdemos mitlaufen, wo widerwärtiger Judenhass und Israel-Feindschaft ausgelebt wird. Es ist eine Schande, dass unser Staat das nicht konsequent unterbinden will oder kann …

Ihr Klaus Kelle

Guten Morgen, liebe Leserinnen und Leser, überall auf der Welt wird heute der Millionen Opfer des Holocaust gedacht. Und das ist gut und richtig so.

Wir alle kennen die erschütternden Geschichten der Überlebenden aus unzähligen Filmen und Büchern, wissen um das unsägliche Leid, haben „Schindlers Liste“ gesehen.

Und es sind ekelerregende Gestalten, die heute immer noch behaupten, der Holocaust habe gar nicht stattgefunden, oder es seien ja „nur ein paar Hunderttausend“ Opfer gewesen und keine Millionen.

Deutschland hat in vielen Facetten eine beeindruckende Geschichte, hat viel geleistet, hat großartige Menschen hervorgebracht. Aber zu unserer Geschichte gehört eben auch, dass der Holocaust für alle Zeiten untrennbar mit dem Namen unseres Landes verbunden ist. Ob wir das wollen oder nicht, ob wir persönliche Schuld trugen oder nicht.

Und deshalb ist für mich die unsägliche Dresdner „Schuldkult“-Rede des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke allein Grund genug, sich zu engagieren, dass dieser Typ niemals ein wichtiges Amt in Deutschland übernehmen kann.

Ein langjähriger Freund aus Jugendtagen schrieb mich gestern auf WhatsApp an und machte mich auf den heutigen internationalen Holocaust-Gedenktag aufmerksam, verbunden mit dem Hinweis, ob ich wohl dazu etwas schreiben werde.

Klar, schreibe ich etwas dazu

Und es fällt mir überhaupt nicht schwer. Weil es einen Unterschied zwischen rechtsextrem und konservativ gibt. Einen großen und entscheidenden Unterschied. Den leider heutzutage viele Menschen nicht mehr begreifen.

Den Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Dieter Stein, kann man sicher nicht als woke und links-verdächtig bezeichnen. Jedes Jahr schreibt er in seinem konservativen Blatt in der Woche, da sich der 20. Juli 1944 jährt, einen Titelaufmacher. Und jedes Jahr würdigt er darin das Andenken des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seiner Mitstreiter.

In einem Gespräch vor Jahren, das mich sehr beeindruckt hat, erklärte er mir, dass Stauffenberg ein wichtiger Grund dafür sei, dass Konservative heute in Deutschland noch ihre Stimme erheben könnten. Dass es eben auch Konservative, auch Offiziere, auch Männer und Frauen aus den christlichen Kirchen gab während der Nazi-Barbarei, die dem Hitler-Wahnsinn nicht tatenlos zuschauen wollten.

Konservativ und rechtsradikal, das ist nicht eine ähnliche Position, Patrioten lehnen radikales Denken und Handeln kompromisslos ab. Die enge Verbundenheit zu Israel ist deutsche Staatsräson, und viele Konservative wie ich auch selbst, stehen auch in diesen Wochen ohne Wenn und Aber an der Seite Israels während Linke und auch Rechtsradikale bei aggressiven Palästinenserdemos mitlaufen, wo widerwärtiger Judenhass und Israel-Feindschaft ausgelebt wird. Es ist eine Schande, dass unser Staat das nicht konsequent unterbinden will oder kann …

Ihr Klaus Kelle

Lokführer-Streik: Weselsky droht mit immer längeren Streiks

Der Chef der Lokführergewerkschaft GDL, Claus Weselsky, ist zufrieden. „Die Stimmung ist exzellent“, sagte der Streikführer der „Rheinischen Post“ und behauptet, es gebe eine große Solidarität mit den Eisenbahnern in der deutschen Bevölkerung.

Meine Wahrnehmung ist ein wenig anders.

Ja, es ist richtig, dass ein großer Teil der Deutschen sich in den vergangenen Jahren lethargisch in den Niedergang unseres Landes fügt. Ist ja doch nicht aufzuhalten, die da oben machen, was sie wollen…

Gestatten Sie mir an dieser Stelle wieder einen kleinen Ausflug zu meinem Provinz-Fußballclub in Bielefeld.

Dort ist man in zweieinhalb Jahren von der Ersten Bundesliga in die Dritte abgerutscht. SSV Ulm statt FC Bayern München. Und dann kommt der Fußball-Gigant aus Ulm, gerade aufgestiegen, und gewinnt auf der einst gefürchteten Bielefelder Alm. Schulterzucken allerorten, aber Leidenschaft oder gar Wut? Man nimmt es hin da am Teutoburger Wald, so wie die Bahnkunden es hinnehmen, wenn gestreikt wird.

„Wir werden diesen Streik erfolgreich zu Ende bringen, und dann schauen wir, was passiert“, sagt Weselsky weiter. Gebe es keine Bewegung seitens der Bahn-Spitze, „werden wir wieder streiken. Und dann vielleicht noch länger.“ Weselsky wies zugleich Vorwürfe zurück, die GDL verursache mit ihrem Ausstand einen erheblichen wirtschaftliche Schaden. „Das ist doch Unfug. Für den angeblichen, wirtschaftlichen Schaden sind nicht wir, sondern ist das Bahn-Management verantwortlich.“

Die Missmutigen nerven – lasst uns einfach mal schauen

Die konservative Basisbewegung *WerteUnion* hat am Samstag in Erfurt beschlossen, dass sie zu einer eigenständigen Partei werden will. Einer Partei, der Name sagt es, die Werte ernstnimmt, die für Marktwirtschaft und Rechtsstaat einsteht, christdemokratisch, konservativ, liberal und libertär ist. Einer Partei in der Rechtsnachfolge der einstigen CDU Konrad Adenauers und Helmut Kohls. Eine Partei, bei der man weiß, woran man ist.

Hans-Georg Maaßen führt sie an, sieben Jahre lang war er Präsident des Verfassungsschutzes, ein loyaler Staatsdiener, ein kluger Analytiker, konservativ und katholisch. Und jetzt angeblich rechtsextrem, Putinversteher und was weiß ich nicht alles.

Politiker, die sich aus der grauen Masse herausheben, müssen mit sowas rechnen in dieser linkswoken Fit-for-Fun-Gesellschaft.

Wenn sie nicht links sind, dann werden große Geschütze aufgefahren. Von den politischen Gegnern sowieso, die sich um wackelnde Mandate, Zugriff auf Geld und schwindende Macht sorgen. Von den Mainstreammedien ohne Gnade, selbst wenn ein „Rechter“ das Gleiche sagt wie eine „Linke“. Allein, weil er ein Rechter ist, wird er angeschossen, und wenn Politik definiert, was böse ist, und die Massenmedien das dann unters Volk bringen, dann sind Hunderttausende sofort bereit aufzuspringen und loszudemonstrieren – weil es ihnen gesagt wurde.

Die Aufmärsche Hundertausender am Wochenende gegen der angeblich kurz bevorstehende Machtübernahme der Nazis in Deutschland hat mich in meiner Ansicht bestätigt, wie es damals so weit

kommen konnte. Kauf nicht bei den Untermenschen, spiel nicht mit den Schmuddelkindern…ich befürchte, Viele würden auch heute losziehen, wenn man ihnen einen Grund von oben liefert – ob im braunen Hemd mit Fackeln durchs Brandenburger Tor oder im blauen Hemd mit Fackeln zum Marx-Egels-Platz. Die Art, wie es funktioniert, ist einfach und wird immer gern genutzt.

Die WerteUnion will demnächst zu einer Partei werden

Kann man machen. Und es ist erstaunlich, wie viele Menschen sofort aufspringen und wissen, dass es nichts wird und auch warum es nichts wird.

Freunde, die Partei ist noch nicht gegründet, es gibt noch kein Programm außer, dass es irgendwie konservativ sein wird. Und alle springen auf und hauen drauf.

Die LKR sei ja auch krachend gescheitert und das Zentrum, und deshalb werde auch die WerteUnion scheitern. Wieso eigentlich?

Ein Freund schreibt mir, auf dem Foto aus Erfurt seien viele ältere Leute mit lichtem Haar zu sehen. Der Freund arbeitet für die CDU, eine Partei, deren Mitglieder zu über der Hälfte 60 pus sind.

+++Bitte unterstützen Sie diesen Blog+++Mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Hans-Georg Maaßen sei – für einen deutschen Geheimdienstchef geradezu grotesk – ein Putin-Freund. Was ich nicht daraus lesen kann, wenn jemand sagt, dass nach dem Ukraine-Krieg wieder mit Russland geredet werden muss. Oder dass westliche Diplomatie diesen Krieg vielleicht hätte verhindern können. Aber ein Putin-Freund? Das ist absurd.

Es ist nicht nur die WerteUnion, es ist überall in den bürgerlichen Milieus, wenn jemand was macht – es ist immer falsch oder wird sowieso nichts. Alle haben keine Ahnung, hinter allem steckt etwas Geheimes. Ich habe Menschen kennengelernt, die halten Papst Franziskus für den Satan, auf die Erde geschickt, um die Kirche zu zerstören. Oder die glauben, die Amerikaner wollten uns alle mit Chemtrails vergiften. Ich weiß bei solchen Gesprächen gar nicht, wo ich hinschauen soll, so dämlich finde ich das alles.

Aber wenn jemand etwas wagt, etwas macht, das in unsere Richtung führt, das den Knoten platzen lässt, der zu einer anderen Politik führt in Deutschland, dann lasst die doch. Gucken wir uns das an oder machen wir mit. Aber reden wir nicht alles schlecht und lehnen schon mal grundsätzlich ein Programm ab, das es noch gar nicht gibt!

Gastspiel MARTIN D. WIND: Ist die Ampel beeindruckt vom Bauernprotest?

Allein in Berlin sollen , nach „vorsichtigen ersten Schätzungen“ von offizieller Seite, mehr als 5000 Traktoren, zahlreiche Lastkraftwagen sowie Personenwagen und mehr als 10.000 Demonstranten gegen die Politik der AMPEL-Regierung Scholz auf den Straßen unterwegs gewesen sein. Die Teilnehmer folgten den Aufrufen des Deutschen Bauernverbandes (DBV), des Bundesverbands Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL), von „Land schafft Verbindung“ (LSV e.V.), aus dem Handwerk und aus vielen anderen Vereinigungen, zum Protest gegen die beschlossenen weiteren Belastungen durch die Streichorgie der Koalition aus SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen, auf die Straße zu gehen.

Die Zahlen zeigten eine bundesweite, umfassende Unterstützung der betroffenen Menschen aus Landwirtschaft, den vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweigen, dem Transportgewerbe oder auch aus dem Handwerk und von weiteren Bürgern, die nicht so unmittelbar von den Restriktionen der Agrarpolitik betroffen sind. In München kamen zum Auftakt der bundesweiten Protestwoche am vergangenen Montag mindestens 10.000 Bäuerinnen und Bauern mit gut 7000 Schleppern zusammen, Köln meldete gut 700 Fahrzeuge, am Freitag traf man sich in Nürnberg mit 2200 Traktoren und so könnte man noch eine ganze Reihe imposanter Treffen aus dem gesamten Bundesgebiet aufzählen. Allen gemein ist, dass die Polizei das gesittete Miteinander, die reibungslose Zusammenarbeit der Demonstranten mit den Ordnungsbehörden bekanntgab.

Der Funken im Pulverfass

Auslöser der bundesweiten Protestkundgebungen, waren die Entscheidungen des Scholz-Kabinetts, den Landwirten die verminderte Steuer auf Treibstoff und die Steuerbefreiung landwirtschaftlich genutzter Fahrzeuge zu streichen. Landwirte, die schon seit spätestens 2019 mit geballter Faust unterwegs waren, weil sie sich von der Politik übermäßig durch restriktive Regelungen und Gesetzgebung gegängelt fühlen, bezeichnen diese Vorhaben als „Funken im Pulverfass“ und als Initialzündung für die nun massiv ausgeweiteten Proteste ihrer Berufsgruppe. Die Transportunternehmer beklagen die horrenden Belastungen durch die Erhöhung der Lkw-Maut auf Autobahnen und Bundesstraßen sowie die gestiegenen Treibstoffpreise durch die CO_2-Abgaben.

Logische Folge dieser Belastungen kann nur ein Anstieg der Verbraucherpreise sein. Und im Volk regt sich Widerstand, denn die Menschen spüren inzwischen die Folgen der Inflation, der exorbitant gestiegenen Strompreise und der Entgeltsteigerungen bei Gas und Erdöl im eigenen Geldbeutel. So nimmt es nicht wunder, dass der Protest weit über die Berufszweige hinaus Wirkung entfacht, die die Demonstrationen organisieren.

Es ist inzwischen eine widerständige Bürgerbewegung

Auch die Gastronomie, bisher noch durch eine Minderung der Mehrwertsteuer ruhig gehalten, legt die Zurückhaltung ab. Kein Wunder, schrecken doch die über Nacht durch die Politik gesteigerte Mehrwertsteuer sowie Energiepreise und die damit notwendigen Menuepreise die Gäste ab. Das trifft die Gastwirte ausgerechnet im Nachgang zu den politisch befohlenen Schließungen in Zeiten der Seuchenbekämpfung.

Eine solche breite Bürgerbewegung ist für alle Politstrategen, die sich zum Machterhalt gerne dem Volk anbiedern, natürlich eine unwiderstehliche Verlockung. Man stellt sich an die Seite, man bläst bedeutungsschwanger die Backen auf, bekundet Solidarität und spricht dem Volk nach dem Mund: So nimmt es dann auch nicht Wunder, dass gerade diejenigen, die bisher die Misere durch ihre fragwürdige Politik mitverursacht haben – CDU und CSU – heute so tun, als wären sie selbst Landwirte: Schlagendes Beispiel? Markus Söder! Seine CSU stellte in den vergangenen 40 Jahren sechsmal die Landwirtschaftsminister, zusammen mit der CDU gar achtmal.

Mit Volksbeschimpfung und Hetze gegen die Proteste, wirkt man nicht konstruktiv

Die ehemalige Weinkönigin Julia Klöckner (CDU) hätte für die christlichen Unionsparteien noch die Chance gehabt, an der Situation der Landwirte in Deutschland grundlegend etwas zu ändern. Die Gesprächsangebote waren da, die Landwirte – insbesondere vom verbandsunabhängigen und überparteilichen LSV e.V. – hatten tragfähige und vernünftige Konzepte vorgelegt. Sie hatten sogar aufgezeigt, wie man den Subventionsirrsinn in der Lebensmittelproduktion durch Streichung und Steuerentlastungen auf Seiten der Endverbraucher hätte abschaffen können.

Das alles entlastet allerdings die derzeit dilettierende Regierung nicht. Scholz und seine Minister sind derart tief in die Durchsetzung der ideologisch grundlegenden Utopien der Grünen gefangen, dass sie die gangbaren Notausgänge schlicht übersehen. Stattdessen wird von Seiten der Regierenden eine andauernde Volksbeschimpfung und ein Bejammern der boshaften Insubordination der Bevölkerung gegen die Machthaber bejammert. Christian Lindner, Aushängeschild der FDP, kam nach einem handfesten Protestaufzug von Landwirten am Fähranleger seines grünen Kabinettskollegen Habeck nicht umhin, den Bauern zu attestieren, sie hätten sich „verrannt“.

Die AMPEL hat sich verrannt – nicht das Volk

Die Reaktionen auf seien Beurteilung scheinen ihn jetzt dazu gezwungen zu haben, den brachialen Abstieg seiner Nochregierungspartei in der Wählergunst ein wenig einbremsen zu wollen: Immerhin er stellt sich auf offener Bühne dem versammelten Volk und lässt Schmähungen über sich ergehen, um sein „großzügiges Angebot“ zum Bürokratieabbau und Behördenwahnsinn gegenüber den Lebensmittelproduzenten zu machen. Nach Zeugenberichten hat das nicht viel gebracht. In Berlin, in der Regierung, bei SPD, FDP und bei Bündnis 90/Die Grünen sollte man eventuell mal darüber nachdenken, wer sich da tatsächlich verrannt hat, wer sich populistisch geriert und wer den Aufstieg der „Räääächten“ maßgeblich befördert.

Der Popanz von der bevorstehenden rechten Machtübernahme

Mit dem Begriff Popanz bezeichnet man gemeinhin einen Schrecken, der nicht ernst zu nehmen ist. Seit drei Tagen müssen Mediennutzer den Eindruck gewinnen, ER sei wieder da. Die Fackelmärsche Uniformierter durchs Brandenburger Tor wie 1933 seien in Vorbereitung.

Das sind sie aber gar nicht, und das ist auch gut so

Auslöser der Medienkampagne, anders kann man es nicht nennen, ist ein Treffen von einer Handvoll Leuten in einem malerischen Gästehaus in Potsdam. Bei dieser Gesellschaft handelte es sich nach Veröffentlichungen um AfD-Politiker, Unternehmer und wohl auch zwei Mitglieder der CDU. Und natürlich Martin Sellner, Chef der rechten Identitären Bewegung (IB), ein Intellektueller, der ein großes Netzwerk im deutschsprachigen Raum hat.

Bei diesem Treffen soll es um „Remigration“ gegangen sein, einen Begriff, der die Rückkehr von Migranten im großen Stil in ihre Heimatländer umschreibt – freiwillig oder durch Ausweisung. Zeitungsberichten zufolge habe man von ein bis zwei Millionen in Deutschland lebenden Menschen gesprochen, auch welche mit deutschem Pass, die man mittels eines „Masterplans“ nach Afrika abschieben will. Eine abenteuerliche Vorstellung, nicht realisierbar, vor allem aber mit unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung nicht vereinbar.

Jetzt hyperventiliert der Mainstream

Jetzt wird abgearbeitet, jetzt wird aus Schubladen geholt, jetzt wird die rechte Gefahr in großen Lettern an die Wand gestrahlt.

Selbst der Bundeskanzler hat sich gestern geäußert zu dem Treffen, CDU-General Carsten Linnemann drohte den beiden CDU-Teilnehmern schwerste Konsequenzen an, und sein Chef Friedrich Merz nutzte die Gelegenheit, um sich noch zum 1000. Mal von jeglicher Zusammenarbeit mit der AfD zu distanzieren. Kann man alles machen, aber es gibt trotzdem keine bevorstehende rechtsextreme Machtübernahme, weil sich ein paar Leute in Potsdam getroffen haben.

Immerhin hat der Berliner „Tagesspiegel“ heute auch mich in dem Zusammenhang gewürdigt. Ich war nicht dabei, aber ich habe mein Büro unweit des Gästehauses. Immerhin habe ich in dem Artikel auch Neues über mich erfahren.

Der „Tagesspiegel“ schreibt, dass dieser dubiose Herr Kelle in die Vorbereitungen der neuen Partei des früheren Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen eingebunden sei. Das habe wohl der

„Spiegel“ geschrieben. Na, dann wird es sicher stimmen. Mit mir hat jedenfalls noch NIEMAND darüber gesprochen aus der WerteUnion. Aber wenn es im „Spiegel“ steht…. Ich werde Herrn Maaßen mal anrufen, ob er mich braucht…

Erlauben Sie mir, den Unsinn des „Tagesspiegel“ kurz einzuordnen

Ich sei ein „konservativer Hardliner“ und rufe „Eltern auf die Barrikaden, wenn kein Schweinefleisch mehr bei Grillfesten angeboten und Kinder im Unterricht mit Lehrmaterialien zur Frühsexualisierung drangsaliert werden“. DAS STIMMT: *Ich halte es für einen Skandal, dass sich Fünf- und Sechsjährige aus ideologischen Gründen mit Dingen beschäftigen müssen, die sie überhaupt noch nicht verstehen können und die sie überfordern in dem Alter. Und ich freue mich über Gäste zum Grillen, und sie sind mir herzlich zum gemeinsamen Essen willkommen, aber ich ändere meine Essgewohnheiten nicht, um meine Gäste nicht zu verstören!*
Ich sei für eine Zusammenarbeit zwischen AfD und CDU. DAS STIMMT: *Mit den vielen AfDlern, die einfach nur Realpolitik für das Wohl der Bevölkerung machen wollen. Von denen viele früher in der Union, aber auch in SPD und FDP, In Ostdeutschland sogar bei den Linken waren. Nicht mit denen, die der Volksgemeinschaft als Alternative zu Europa und globalem Handel frönen, nicht mit denen, die Demutsgesten gegenüber dem Massenmörder Putin zeigen und glauben, die Amis würden uns mit „Chemtrails“ alle vergiften. Zusammenarbeit, zumindest mal ernsthafte Gespräche miteinander, natürlich! Alle reden mit den SED-Schranzen, Millionen Staatsknete fließt alljährlich in deren Netzwerke. Und mit AfD-Politikern darf man nicht sprechen, deren Partei in Ostdeutschland inzwischen die wählerstärkste Kraft zu werden scheint?*
Wie leben in irren Zeiten

Bundeskanzler Olaf Scholz hat letztens davon gesprochen, dass in großem Stil abgeschoben werden müsse. Ist der jetzt rechtsradikal?
Weder der „Tagesspiegel“ noch der „Spiegel“ haben mit mir selbst gesprochen und mir eine Möglichkeit zur Stellungnahme zu meiner Position gegeben. Aber sie wissen genau, wie ich so bin und was ich denke.
Ich sei Veranstalter der „Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz“ eines „konservativen bis rechten Netzwerktreffen“, heißt es da im „Tagesspiegel“. Bei den bisher acht bundesweiten Konferenzen war ein einziger AfD-Politiker auf dem Podium einer Diskussion dort: Frank-Christian Hansel, Parlamentarier des Berliner Abgeordnetenhauses und früheres SPD-Mitglied. Alle total rechtsradikal, oder?
Was den „Tagesspiegel“-Auszubildenden entgangen ist – der gefährliche rechte Kelle hat vor 25 Jahren auch mal eineinhalb Jahre für den „Tagesspiegel“ gearbeitet. Im Grunde arbeiten die beiden dann selbst für eine rechtsradikale Gazette, oder?

Dieses ganze Theater wird für viel Ärger sorgen, vermutlich auch juristisch. Und das gibt mir die Gelegenheit, Sie um Hilfe und Unterstützung zu bitten. Wenn es Ihnen möglich ist, spenden Sie, damit wir in dieser Auseinandersetzung nicht mit leeren Händen antreten: *PayPal @KelleKlaus* oder per Überweisung auf *DE18 1005 0000 6015 8528 18.*

Vielen Dank!

Karl Lauterbach macht mal was richtig

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will homöopathische Behandlungen nicht mehr aus dem Geldtopf der gesetzlichen Krankenkassen finanzieren. Im milliardenschweren Gesundheitsgeschäft sind die daraus zu sparenden Mittel eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass Lauterbach in den nächsten Tagen jede Menge Ärger bekommen wird, E-Mails und Waschkörbe voller wütender Briefe von Wählern. Homöopathie – das funktioniert offensichtlich nur, wenn man ganz, ganz fest daran glaubt. Und dann auch nur manchmal

Vor drei Jahren hatten die Grünen – ausgerechnet die Grünen – auf einem Bundesparteitag schon einen Vorstoß in diese Richtung unternommen. In dem Beschluss hieß es damals: es würden nur Behandlungen übernommen, „die medizinisch sinnvoll und gerechtfertigt sind und deren Wirksamkeit wissenschaftlich erwiesen ist“.

Ich habe wirklich überlegt, ob ich die Homöopathie heute an dieser Stelle wirklich zum Thema machen soll, denn da stehen sich zwei geschlossene Patientengruppen gegenüber, die sie mit ruhig vorgetragenen Argumenten nicht überzeugen können. Und auch der Kolumnist will keinen Streit mit seinen Lesern.

Ich habe es ja auch immer mal wieder versucht. Als Kind musste ich wegen meiner starken Gräserpollenallergie monatelang zu einem Heilpraktiker und mir irgendwas in den Bauch injizieren lassen. Wirkung absolut null.

Später hatte ich ein Gebrechen, gegen das ich die berühmten „Luftpillen“ nehmen sollte, sie wissen schon, diese kleinen weißen Kügelchen. Wirkung absolut null.

Ein einziges Mal in meinem Leben bekam ich ein homöopathisches Nasenspray verabreicht – das funktionierte.

Aber unter dem Strich ist meine persönliche Erfahrung: Homöopathie bringt mir nichts, wenn ich krank bin.

Doch ich kenne die vielen Menschen auch in meinem Freundeskreis, die darauf schwören auf diese Luftpillen. Ich hatte auch vor 30 Jahren mal eine wunderbare Freundin in Niederdachsen, deren Eltern im Wohnzimmer unter den Sesseln Kupferringe liegen hatten wegen Irgendwas. Und wenn wir mit dem Hund spazieren gingen, erklärte sie mir manchmal, wo hier unter dem Waldboden Wasseradern

verlaufen, die ganz wichtig für unsere Gesundheit seien. Aber überzeugen konnte mich nix.

Macht, was Ihr wollt, Freunde. Jeder ist seines Glückes und seiner Gesundheit Schmied. Aber ich halte das alles für Hokuspokus, genauso wie „Chemtrails“ oder „Reptiloiden“. Echter Unsinn, völlig unwissenschaftlich.

Und deshalb stimme ich Karl Lauterbach zu bei seinem Vorhaben, das erste Mal, seit ich seinen Namen überhaupt gehört habe.